



MORNING NEWS 5. August 2022

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	13.662,68	75,12	0,55	13.587,56	DJ 30	32.726,82	-85,68	-0,26	32.812,50
MDAX	28.162,23	356,11	1,28	27.806,12	NASDAQ	13.311,04	57,78	0,44	13.253,26
TEC DAX	3.211,88	75,22	2,40	3.136,66	Nikkei 225	28.148,22	216,02	0,77	27.932,20
Euro Stoxx50	3.754,60	22,06	0,59	3.732,54	Hang Seng	20.192,36	18,32	0,09	20.174,04
Bund Future	158,06	0,16	0,10	157,90	Euro / US-\$	1,0235	-0,00	-0,11	1,0246
Gold in US-\$	1.792,04	0,76	0,04	1.791,28	Öl (Brent) US-\$	94,37	0,25	0,27	94,12
Bitcoin / US-\$	23.157,24	643,52	2,86	22.513,58	Ethereum / US-\$	1.656,89	65,51	4,12	1.591,31

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	13.685	+23
NASDAQ Future	13.371,50	+44,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	93,10	0,26	0,00	92,84	95,29	876.854,00
Nokia OJ	5,11	-0,01	-0,00	5,12	5,23	22.341.574,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		London Stock Exchange (08:00 Q2), Suzuki (08:00 Q1)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Industrieproduktion (m/m), sb	Juni	08:00	-0,3% (0,2%)
D	Industrieproduktion (y/y), WDA	Juni	08:00	-1,3% (-1,5%)
USA	Beschäftigte ausserhalb der Landwirtschaft (Änderung)	Juli	14:30	250.000 (372.000)
USA	Arbeitslosenquote	Juli	14:30	3,6% (3,6%)
USA	Durchschnittliche Stundenlöhne (m/m)	Juli	14:30	0,3% (0,3%)
USA	Durchschnittliche Stundenlöhne (y/y)	Juli	14:30	4,9% (5,1%)
USA	Verbraucherkredite	Juni	21:00	26,000 (22,347) Mrd \$

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	0,91 (0,89)	10-jährige Bonds	+0,5469	2,68%
Volumen NASDAQ	5,31 (5,53)	30-jährige Bonds	-0,1250	2,98%

()=Vortag

Nach den jüngsten Kursgewinnen halten sich US-Anleger mit weiteren Käufen zurück. Der Dow Jones verlor am Donnerstag 0,3 Prozent auf 32.727 Punkte und der breit gefasste S&P 500 büßte 0,1 Prozent auf 4152 Punkte ein. Der technologielastrige Nasdaq rückte dagegen 0,4 Prozent auf 12.721 Punkte vor. Hauptgrund für die zögerliche Haltung waren die Freitag anstehenden US-Arbeitsmarktdaten, die Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand der weltgrößten Volkswirtschaft und das Tempo der erwarteten Zinserhöhungen der Notenbank Fed liefern könnten. Experten erwarten für Juli den Aufbau von 250.000 Stellen außerhalb der Landwirtschaft.

"Sollten die Zahlen etwas schwächer ausfallen, würde das der Markt positiv werten", sagte Christopher Grisanti, Chef-Anlagestrategie des Vermögensverwalters MAI. Es wäre ein Signal, dass die bisherigen Zinserhöhungen der Fed Wirkung zeigten und die Notenbank künftig etwas behutsamer vorgehen könnte.

Vor diesem Hintergrund verteuerte sich die "Antikrisen-Währung" **Gold** um knapp 1,5 Prozent auf 1791 Dollar je Feinunze (31,1 Gramm). Die ebenfalls als "sicherer Anlagehafen" geltende Weltleitwährung **Dollar** gab dagegen nach. "Die US-Notenbank Fed bekräftigt zwar mit Nachdruck ihre Botschaft einer möglichen größeren Zinserhöhung im September und einer Fortsetzung des Zinserhöhungskurses", sagte Craig Erlam, Marktanalyst des Brokerhauses Oanda. Anleger schienen diesen Aussagen aber nur wenig Glauben zu schenken.

Der Preis für die US-Rohölsorte **WTI** fiel dagegen um bis zu 3,4 Prozent und markierte mit 87,55 Dollar je Barrel (159 Liter) den niedrigsten Stand seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs. "Das ist angesichts des knappen Angebots und der geringen Aussicht auf eine Entspannung bemerkenswert", sagte Oanda-Experte Erlam. "Aber das Gerede über eine Rezession wird lauter." Später lag der Preis bei 88,25 Dollar.

Zu den Favoriten am US-Aktienmarkt zählte **Alibaba** mit einem Kursplus von zeitweise 7,6 Prozent, das bis zum Handelsschluss auf 1,8 Prozent zusammenschmolz. Zwar stagnierte der Umsatz des chinesischen Online-Händlers, lag damit aber über den Markterwartungen. Das Geschäftsmodell präsentiere sich trotz der Belastungen durch die Corona-Lockdowns in China als widerstandsfähig, kommentierte Analystin Ella Ji von der Investmentbank China Renaissance. Außerdem sei das Unternehmen bei seinen Ausgaben sehr diszipliniert.

Abwärts ging für **Clorox**. Die Papiere des Anbieters von Bleich- und Reinigungsmitteln fielen um 4,7 Prozent. Das Unternehmen warnte vor einem Umsatzrückgang 2023 und vor zusätzlichen Kosten für den Konzernumbau von bis zu 100 Millionen Dollar. Der eingeschlagene Spar- und Rationalisierungskurs sollte gemeinsam mit Preiserhöhungen aber zu steigenden Margen führen, prognostiziert Analystin Erin Lash vom Research-Haus Morningstar. Für langfristig orientierte Anleger seien Clorox-Titel daher eine Empfehlung.

Wegen niedrigerer Insulin-Preise verfehlte **Eli Lilly** beim Quartalsergebnis die Erwartungen und senkte zum zweiten Mal seine Gewinnziele für das Gesamtjahr. Die Aktie der Pharmafirma fiel um 2,6 Prozent.

US Unternehmen

Beyond Meat leidet unter dem Ende des Booms für Fleischersatzprodukte in den USA. Der Hersteller vegetarischer Burger kündigte am Donnerstag nach US-Börsenschluss den Abbau von vier Prozent aller Stellen weltweit an. Für das Gesamtjahr erwartet der US-Konzern zudem nun einen Umsatz zwischen 470 und 520 Millionen Dollar statt 560 bis 620 Millionen. Der Nettoverlust im zweiten Quartal vergrößerte sich auf 97,1 Millionen Dollar nach 19,7 Millionen im Vorjahreszeitraum. "Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Fortschritt länger dauert als erwartet", erklärte Konzernchef Ethan Brown. Die Beyond-Meat-Aktie fiel nachbörslich zunächst sechs Prozent, nachdem sie bereits im regulären Handel 7,8 Prozent auf 31,39 Dollar verloren hatte (Reuters).

Das durch eine Fusion neu entstandene Medienunternehmen **Warner Bros. Discovery Inc** hat im zweiten Quartal einen Nettoverlust von 3,4 Milliarden Dollar und einen leichten Umsatzrückgang auf 9,83 Milliarden Dollar verbucht. Grund sei die Neuordnung sich überschneidender Geschäftsbereiche, teilte der Konzern am Donnerstag mit. Der Verlust setze sich zusammen aus etwa zwei Milliarden Dollar an Abschreibungen, etwa eine Milliarde US-Dollar an Restrukturierungs- und anderen Kosten sowie 983 Millionen Dollar an Transaktions- und Integrationskosten. Die Aktien des Unternehmens fielen im erweiterten Handel um 3,6 Prozent (Reuters).

Teslas Aktionäre haben dem zweiten **Aktiensplit** des US-Elektroautobauers innerhalb von rund zwei Jahren zugestimmt. Bei der Aktion soll jede bestehende Aktie in drei neue umgewandelt werden. Damit werden die Anteilscheine günstiger und zugänglicher für Kleinanleger. Tesla hatte den Plan im März angekündigt und im Juni mitgeteilt, dass der Split im



Verhältnis 3 für 1 durchgeführt werden solle. Bei der Hauptversammlung gaben die Aktionäre nun grünes Licht. Wann genau der Split erfolgen soll, blieb zunächst offen (dpa/AFX).

Marktmeldungen

In **Deutschland** steigt nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) die **Zahl der bekannten Infektionen** um 59.506 auf über 31,17 Millionen. Das sind 25.292 Fälle weniger als am Freitag vor einer Woche, als 84.798 Ansteckungen verzeichnet wurden. Die **Sieben-Tage-Inzidenz** sinkt auf 432,2 von 451,3 am Vortag. Das RKI meldet **165 weitere Todesfälle** im Zusammenhang mit dem Corona-Virus. Die bekannte Gesamtzahl liegt damit bei 144.717 (Reuters).

Die **Nato-Staaten** arbeitet eng mit **Rüstungskonzernen** zusammen, um die **Ukraine** im Krieg gegen Russland langfristig mit mehr Waffen und Ausrüstung versorgen zu können. "Wir leisten viel Unterstützung, aber wir müssen noch mehr tun und auf lange Sicht vorbereitet sein", sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Donnerstag der Nachrichtenagentur *Reuters*. "Deshalb stehen wir jetzt auch in engem Kontakt und arbeiten eng mit der Rüstungsindustrie zusammen, um mehr verschiedene Arten von Munition, Waffen und Ausrüstung zu produzieren und zu liefern."

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat die **verzögerte Auszahlung von EU-Finanzhilfen** in Milliardenhöhe für sein Land beklagt. Er wolle nicht sagen, welches Land diesmal Bremse, sagte er in einer Videoansprache in Kiew. Zuvor hatte aber der Vizechef seines Präsidialamtes, Ihor Schowkwa, Deutschland für die schleppende Auszahlung verantwortlich gemacht. Von neun Milliarden Euro Makrofinanzhilfe sei erst eine Milliarde gezahlt worden (Reuters).

In **Italien** hat die scheidende Regierung von Ministerpräsident Mario Draghi am Donnerstag ein **Hilfspaket** in Höhe von 17 Milliarden Euro verabschiedet, um die **Folgen der Inflation** abzdämpfen. Die Maßnahmen im Kampf etwa gegen steigende Energiekosten sind zusätzlich zu etwa 35 Milliarden Euro, die seit Januar zu diesem Zweck eingeplant wurden. Das neue Paket wird Draghi zufolge das Defizit des Euro-Mitgliedslandes nicht erhöhen angesichts von Einnahmen, die höher ausfallen dürften als vorhergesagt (Reuters).

Japan und die **Vereinigten Staaten** haben am Freitag vereinbart, sich gemeinsam für die Erhaltung des **Friedens in der Taiwan-Straße** einzusetzen. Die Präsidentin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi traf sich mit Regierungschef Fumio Kishida auf dessen Amtssitz. "Ich habe Nancy Pelosi informiert, dass Chinas ballistische Raketen in unserer Wirtschaftszone gelandet sind. Dadurch wurde unsere nationale Sicherheit bedroht und wir haben dies scharf verurteilt", sagte Kishida (Reuters).

Ungeachtet des Streits über den **Taiwan-Besuch** einer hochrangigen US-Politikerin sind den **USA** zufolge die Kommunikationswege zu **China** weiter offen. Dies sei auf verschiedenen Ebenen der Fall, sagte der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA, John Kirby, am Donnerstag. Seine Regierung würde eine **Deeskalation der Spannungen** auf diplomatischem Wege unterstützen, erklärte er. Kirby nannte die jüngsten Militärübungen Chinas eine "bedeutende Eskalation". Die USA gingen davon aus, dass die chinesische Reaktion noch einige Tage anhalten werde. Der US-Flugzeugträger "Ronald Reagan" werde in der Region bleiben, um die Situation zu beobachten (Reuters).

Die US-Notenbank Fed sollte nach Darstellung der **Notenbankerin** Loretta Mester im **Kampf gegen die Inflation** den **Leitzins** auf insgesamt etwas über vier Prozent anheben. Diese Marke sei "angebracht", sagte die Präsidentin der Federal Reserve Bank von Cleveland am Donnerstag nach einer Veranstaltung des Economic Club of Pittsburgh. Die Zinsen sollten dabei in diesem Jahr und der ersten Hälfte des kommenden steigen. Dann könnten sie vielleicht nach einer Pause wieder gesenkt werden. Zunächst dürfte im September ein nächster Zinsschritt von 0,5 oder 0,75 Prozentpunkten anstehen (Reuters).

Nordkorea hat in der ersten Hälfte dieses Jahres **Vorbereitungen für einen weiteren Atomtest** getroffen. Dies geht aus einem Auszug aus einem vertraulichen Bericht der Vereinten Nationen hervor, den *Reuters* am Donnerstag einsehen konnte. "Die Arbeiten auf dem Atomtestgelände Punggye-ri ebnen den Weg für weitere Atomtests zur Entwicklung von

Atomwaffen", berichteten unabhängige Sanktionsbeobachter dem Nordkorea-Sanktionsausschuss des UN-Sicherheitsrats.

Gesundheitswesen

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ist **positiv auf das Coronavirus getestet** worden. Dem SPD-Politiker gehe es gut, er habe nur leichte Symptome, teilt sein Ministerium mit. Er nehme seine Amtsgeschäfte vorübergehend aus der häuslichen Isolation war (Reuters).

Öl & Gas

Die **Bundesregierung** hat die geplante **Gas-Umlage** auf den Weg gebracht. Das Kabinett billigte dazu am Donnerstag im schriftlichen Umlaufverfahren die nötige Rechtsverordnung. Ziel sei es, in der durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelösten Energiekrise Insolvenzen und Lieferausfälle in der Gasversorgung zu verhindern und so die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten, teilte das Bundeswirtschaftsministerium am Abend in Berlin mit. Die Umlage auf die Verbraucher solle durch zielgenaue Entlastungen und eine Verlängerung der Hilfsprogramme für die Wirtschaft flankiert werden. Die Rechtsverordnung wird voraussichtlich Mitte August in Kraft treten. Sie greift dann ab dem 1. Oktober und endet am 1. April 2024. Der Weg über die Umlage sei kein leichter Schritt, aber nötig, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). "Dabei werden die Kosten möglichst solidarisch verteilt: Die betroffenen Gas-Importeure tragen bis zum Oktober alle Kosten für die Ersatzbeschaffung allein. Danach werden diese gleichmäßig auf viele Schultern verteilt." Zehn Prozent der Kosten müssten die betroffenen Versorger dauerhaft stemmen (Reuters).

Reisen / Freizeit

Der Streit über Tarife für das Lufthansa-Bodenpersonal ist beigelegt. **Lufthansa** und Gewerkschaft **Verdi** einigten sich am Donnerstagabend auf höhere Entgelte für die rund 20.000 Beschäftigten am Boden und wendeten damit weitere Streiks im Sommer-Reiseverkehr ab. Es seien spürbare Gehaltssteigerungen vereinbart worden, teilte die Lufthansa nach der dritten Verhandlungsrunde mit. "Es war uns wichtig, die unteren und mittleren Einkommensgruppen überproportional zu berücksichtigen", erklärte Lufthansa-Personalvorstand Michael Niggemann. Bei der Lufthansa kommt es damit nicht erneut zu einem Streik der Beschäftigten an Check-in oder bei der Abfertigung von Flugzeugen. "Das ist ein gutes Ergebnis, das quer durch alle Beschäftigtengruppen eine Erhöhung von monatlich mindestens 377 Euro bis zu 498 Euro bedeutet", betonte die stellvertretende Verdi-Chefin und Verhandlungsführerin Christine Behle. Die Verdi-Tarifkommission des Konzerns habe dem Verhandlungsergebnis schon zugestimmt, das noch eine Mehrheit in einer Mitgliederbefragung finden muss (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Holger Gerwalt
T +49 69 29716 176
holger.gerwalt@steubing.com

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Sales & Advisory

Adrian Peter Hurler
T +49 69 29716 158
adrian.hurler@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

